

<p><b>3. Spielstätten- und Netzwerkförderung</b></p> <p>I. Sehen Sie die Notwendigkeit zu einer <b>Bundesförderung für Clubs und Veranstalter (ähnlich der Struktur der Programmkinos und Filmförderung), wie begründen Sie das?</b></p>	<p>Vergleicht man die Förderungsprogramme der Filmbranche mit der Förderung der Musikwirtschaft und der Musik insgesamt, wird deutlich, dass hier noch Nachholbedarf besteht. Film wird von staatlicher Seite mehr gefördert – auch weil Film in der Produktion deutlich aufwändiger und teurer als die Produktion von Musik ist. Wie viel und in welchem Umfang die Modelle der Filmbranche auch auf die Musikwirtschaft oder Musikförderung anwendbar sind oder sein sollten, wäre zu diskutieren. Der LINKEN geht es in diesem Bereich traditionell eher um die Verdienstmöglichkeiten der Künstler*innen und gute Rahmenbedingungen für die künstlerische Produktion. Und da brauchen wir zum einen ein starkes Urhebervertragsrecht, das Eindämmen von Total-Buy-Out Verträgen, eine Reform der Verwertungsgesellschaften, die Möglichkeit, dass die Rechteinhaber mit z.B. Streaming-Diensten faire Vertragsbedingungen aushandeln. Zum anderen setzen wir uns für Spielstättenförderung ein, denn nur wenn es ausreichend Clubs und Konzertsäle gibt, die auch Mindestgagen zahlen können, haben die Musiker*innen auch ausreichend Verdienstmöglichkeiten. Und: es braucht ausreichend günstig zur Verfügung stehende Proberäume für Musiker*innen. Ein Grund, der es sowohl für Clubs als auch für Proberäume in der Stadt zunehmend schwerer macht, sind die gestiegenen Lärmschutzaufgaben, viele Orte für Proberäume werden so an Randlagen gedrängt. Das „Überangebot“ von Musiker*innen in einer Stadt wie Berlin lässt gleichzeitig die Verdienstmöglichkeiten schrumpfen – ein Teufelskreis, den staatliche Förderung von Clubs und Proberäumen durchbrechen könnte. Ein bereits bestehendes Beispiel ist die Einführung des Spielstättenprogrammpreises APPLAUS.</p>	<p>Wir wollen mit unserer Kulturpolitik Rahmenbedingungen schaffen, die es Künstlerinnen und Kreativen ermöglichen, von ihrer Arbeit zu leben. Im Bereich Musik sind dafür ausreichende Auftrittsmöglichkeiten essentiell – denn gerade in Zeiten der Digitalisierung sind Live-Auftritte zu entscheidenden Einnahmequellen geworden. Wir befürworten deshalb grundsätzlich die Unterstützung von Clubs durch den Spielstättenprogrammpreis. Denn die Förderung von Musikstätten sollte nicht auf die klassischen Orte der sogenannten E-Musik begrenzt bleiben, nicht zuletzt, weil die Grenzen zwischen E- und U-Musik zunehmend verschwimmen. Eventuelle Erhöhungen und Ausweitungen bei der Förderung von Musik-Clubs werden wir prüfen. Dabei werden wir vor allem darauf achten, dass insbesondere kleine und musikalisch innovative Clubs von der Förderung profitieren.</p>	<p>Eine Bundesförderung für Clubs und Veranstalter, ähnlich der Programmkinos und der Filmförderung, sehen wir nicht als notwendig an. Zwischen der Film- und der Musikbranche gibt es große grundsätzliche Unterschiede. Die Musikbranche ist wesentlich kleinteiliger und das musikalische Produkt ist aufgrund von unterschiedlichen Prozessen und Genres nicht skalierbar. Es müssen die Produzenten von Musik, also die Künstlerinnen und Künstler, gefördert werden. Mit der Initiative Musik besteht eine zentrale Förderinstitution für die deutsche Musikwirtschaft. Sie unterstützt u. a. den musikalischen Nachwuchs aus Deutschland, Musikerinnen und Musiker mit einem Migrationshintergrund sowie Livemusikclubs. Mit der Gründung des Musikfonds in 2016 haben wir zudem eine Förderlücke im Bereich der zeitgenössischen Musik aller Sparten geschlossen.</p>	<p>Die Initiative Musik, die deutsche Musik-Fördereinrichtung des Bundes und der Musikwirtschaft, zählt zu ihren Schwerpunkten die Spielstätten-/Clubförderung. Für den „APPLAUS“, den Programmpreis für unabhängige Spielstätten, stehen seit 2013 je 1 Mio. EUR, im Jahr 2017 2 Mio. EUR zur Verfügung. Damit konnten seit 2013 jährlich 55-65 Preisträger ausgezeichnet werden. Außerdem konnte 2016 in 213 Clubs die Digitalisierung der Aufführungstechnik gefördert werden (mit 2,5 Mio. EUR). Dieses Förderprogramm läuft auch 2017 weiter. Mit ihrer Infrastrukturförderung trägt die Initiative Musik zur Netzwerkbildung bei, etwa, indem sie internationale Experten auf deutsche Festivals einlädt. Die noch recht junge Initiative Musik ist eine echte Erfolgsgeschichte, die wir weiter fortschreiben wollen.</p>
<p>II. Sehen Sie die institutionelle Förderung von Netzwerken in der Musik als geeignetes Ziel zur Förderung von Clubkultur?</p>	<p>Ja. Eine kreative und vielfältige Clubszene benötigt aus Sicht der LINKEN auch politische Unterstützung, um ihre Gestaltungsfreiheit und Innovationsfähigkeit zu sichern. Durch Kommerzialisierung und Verengung auf ihre wirtschaftliche Dimension nimmt sie Schaden und verliert ihre Attraktivität und ihr innovatives, soziokulturelles Potenzial. Populäre Musik gehört zur Kreativ-, Kunst-, Kultur- und Veranstaltungsszene. Sie hat daher Anspruch auf Anerkennung, Förderung und Unterstützung durch die Politik.</p>	<p>In unserem Antrag „Soziale und wirtschaftliche Lage von Künstlerinnen, Künstlern und Kreativen verbessern, Kulturförderung gerecht gestalten“ fordern wir eine finanzielle Unterstützung insbesondere für kleinere Berufs- und Interessenverbände von Kreativen, die Beratung, Weiterbildung, Coaching, geschlechtsspezifische Trainings, politische Interessenvertretung und Vernetzung anbieten. Auch eventuelle institutionelle Förderungen für Verbandsnetzwerke halten wir dabei für sinnvoll.</p>	<p>Wir befürworten Projektförderung und Netzwerkbildung. Eine institutionelle Förderung sehen wir dagegen als nicht realisierbar an.</p>	<p>Wir befürworten Projektförderung und Netzwerkbildung. Eine institutionelle Förderung sehen wir dagegen als nicht realisierbar an.</p>
<p>III. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit für eine regelmäßige Erhebung zu Kennzahlen der Club- und Festivalbranche? Wie könnte das finanziert werden?</p>	<p>Ja. In den letzten Jahren rücken Strategien einer „konzeptbasierten Kulturpolitik“ mit der Entwicklung von Leitlinien, Plänen, Konzepten immer mehr in den Mittelpunkt. Wir halten es für dringend erforderlich, auch im Bund eine Kulturrentwicklungskonzeption auf der Basis eines Kulturberichtes auf den Weg zu bringen. Insgesamt sehen wir die Notwendigkeit für eine bessere Datenlage im Kultur- und Kreativbereich. Dazu gehört auch die Club- und Festivalbranche.</p>	<p>Es ist zehn Jahre her, dass die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ der Bundesregierung empfohlen hat, eine bundeseinheitliche Kulturstatistik zu entwickeln und dabei statistische Leerstellen zu beseitigen. Wir unterstützen diese Empfehlung ausdrücklich, leider ist aber bis heute kaum etwas in diese Richtung passiert. Die Empfehlung der Enquete Kultur betrifft nach unserer Auffassung auch die Club- und Festivalbranche. Mit der Erhebung sollte nach Auffassung der Sachverständigen in der Enquete das Statistische Bundesamt beauftragt werden. Dies halten wir für sinnvoll.</p>	<p>Wir halten an unserer Forderung fest, eine bundesweite einheitliche Kulturstatistik einzuführen. Inwieweit die Club- und Festivalbranche berücksichtigt werden kann und wie eine mögliche Finanzierung aussieht, muss geprüft werden. Im Wesentlichen liegt der Aufgabenbereich auf der Ebene der Kommunen.</p>	<p>Wir halten an unserer Forderung fest, eine bundesweite einheitliche Kulturstatistik einzuführen. Inwieweit die Club- und Festivalbranche berücksichtigt werden kann und wie eine mögliche Finanzierung aussieht, muss geprüft werden. Im Wesentlichen liegt der Aufgabenbereich auf der Ebene der Kommunen.</p>
<p>IV. Wie stehen Sie zu dem Grundgedanken eines Bundesverbandes der Musikwirtschaft „German Music“?</p>	<p>Ein Bundesverband „German Music“, der die Akteure der Musikwirtschaft unter einem Dach sammelt, ist aus unserer Sicht ein sinnvolles Vorhaben. Die Bündelung von Interessen unter einem Dach erhöht die Durchsetzungskraft eines Verbandes. Diese Vernetzungsleistung muss aber von den Akteuren der Musikwirtschaft selbst geleistet werden.</p>	<p>Für Politikerinnen und Politiker vereinfacht es die Kommunikation, wenn gesellschaftliche und wirtschaftliche Interessen in Dachverbänden gebündelt werden und im Idealfall „mit einer Stimme“ gesprochen wird. Insofern unterstützen wir das Vorhaben eines gemeinsamen Dachverbands für die Akteurinnen und Akteure der Musikwirtschaft.</p>	<p>Die Gründung eines Bundesverbandes muss aus der Branche heraus erfolgen. Prinzipiellen Erwägungen folgend, unterstützt die SPD grundsätzlich die Gründung von Interessensvertretungen. Diese sind zumeist umso effektiver, je einheitlicher die Vertretung organisiert ist.</p>	<p>KEINE AUSSAGE</p>